

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reischmeckte

Des Problem mit dr holda Dämlichkeit

VON TOM HÖRNER

Zum Beitrag „En dr Mundart langet zwoi Geschlechter“ von Albrecht Hartmann vom vergangenen Montag will Anneliese Stegmaier aus Urbach etwas ergänzen: „Ich muss vorausschicken, ich habe die 80er-Feier schon hinter mir. Wenn wir beim Jahrgang miteinander sprechen, dann wird von ‚Mädla ond Kerle‘ gesprochen. Dann heißt es da etwa: ‚Von de Kerle send net so viel do gwea, Mädla waret mei.‘ Womit bewiesen wäre: Auch in hohem Alter redet man noch von Mädle ond Kerle.“

Auch Andreas Rometsch aus Großbottwar hat eine Ergänzung, wobei wir uns nicht sicher sind, ob er sich damit überall Freunde macht, Pardon Freundinnen: „Wenn man zu einer Gruppe Frauen sagt: ‚Jetztat kommt dui Weiber‘, no koas sei, dass dui empört maulet. Se wäre keine Weiber, sondern Damen. No braucht mer se bloß z'froga, was ehne lieber isch: die holde Weiblichkeit oder die holde Dämlichkeit.“

Wolfgang Schall aus Waldenbuch meldet sich „mit einem Spruch aus dem Munde des aus Königsbrunn (Ostalb) stammenden Opas der Lebensgefährtin unseres Sohnes. Mae Frau ond i hend zwor Corona grad überstanda, send aber no recht schlapp ond a bissle nebr dr Kapp. Zu sodde Leit, dia mo mir zu nix brauchta ka, häbr' gsaed: ‚Dia kama mitsamt dr Kapp onder da Sofa schiaba.‘“

Hans-Dieter Kurrele aus Bad Brückenau hat uns „als ibreizter Wirttaberger em boirische Ekzil au no zwoi Sprich geschickt: ‚Was gibst'n heit zom Essa?‘ – ‚Greeschte Kellerschtafla.‘ Ond: ‚Was soll i denn macha da ganze Dag?‘ – ‚De Schnegga auf d'Schwenz haua, dass se net kleffat.‘“

Zum Thema „d'Leich“ schreibt Theo Rich aus Ostfildern: „Pietät hin, Pietät her. Zom Gschichte vom Bernhard Frey am letschta Samschtag fällt mir au no a weiteres ei: Vor viele Jahr isch en onsem Flecka a alter ond widerwärtiger Brudler gschtorba. Bei dr Leich hot dr Pfarrer am Grab dr Witwe kondoliert. ‚Jo, s'isch wohl traurig‘, hot se zo ihm gsaht, ‚aber jetz han i's wenigstens au no a Weile schee.‘“

Der schwäbische Spruch des Tages kommt von Josef Stöpel aus Wetzgau von der Ostalb: „Zur rechda Zeit schwätz. Zur falscha halt dai Maul.“

Schreiben Sie uns:

Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: [land@stn.zqs.de](mailto:land@stn.zqs.de)

Eine Buslinie topt alle

Die Regiobuslinien gelten als eine Art Lückenfüller, wo die Bahn fehlt. Eine Linie zum Bodensee ragt heraus.

VON CHRISTOPH LINK

STUTTGART. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat am Dienstag mit seinem Verkehrsminister Winfried Herrmann eine Bilanz der Regiobusse gezogen: 56 solcher Linien bestehen im Land – beispielsweise zwischen Leonberg und dem Flughafen Stuttgart, Wangen und Isny oder Münsingen und Bad Urach. „Durch Regiobusse können wir den landesweiten Studententakt auch dort einsetzen, wo die Infrastruktur für Züge fehlt“, sagte Kretschmann.

Die Regiobusse leisteten einen guten Beitrag zur Verkehrswende, dem Klimaschutz und der Erschließung des ländlichen Raumes. „Es gibt eine wachsende Nachfrage der Kommunen für neue Regiobuslinien, und das zeigt, wie gut unser Programm dem Bedarf an Mobilität ohne Schiene entspricht“, sagte Herrmann. Von 2015 bis 2021 habe das Land für solche Linien Fördermittel in Höhe von 74,5 Millionen Euro bewilligt. Mit den Bussen sollten Lücken im Zugnetz des ÖPNV zwischen benachbarten Ober- und Mittelzentren geschlossen werden, so der Minister. Ein Spitzenreiter ist die Regiobuslinie zwischen Sigmaringen und Überlingen, wo sich die Nachfrage von 2015 bis 2019 verdreifacht hat auf 1150 Fahrgäste täglich. Regiobusse fahren in der Regel werktags von 5 Uhr bis 24 Uhr im Stundentakt, samstags starten sie um 6 Uhr, sonntags um 7 Uhr.

VON RAINER PÖRTNER

STUTTGART. Ein Krieg im Osten Europas, große Probleme in der Energieversorgung, rasant gestiegene Preise, ein bisher ungebremster Klimawandel und schließlich der Wiederanstieg der Coronazahlen – es gibt aktuell ein ganzes Bündel von Krisen. Wie reagieren darauf die Menschen in Baden-Württemberg? Der BaWü-Check, eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, gibt Antworten auf diese Frage. Die Untersuchung entstand im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

**1. Zukunftssorgen**  
Insbesondere der Ukraine-Krieg und die Inflationssorgen beeinflussen die Stimmungslage der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg massiv. Der Zukunftsoptimismus verharrt weiterhin auf einem historischen Tiefstand. Nach wie vor sieht nur knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen, die große Mehrheit bleibt tief besorgt: Knapp jeder Dritte blickt mit ausgeprägten Befürchtungen auf die nächsten Monate, ebenso viele mit Skepsis. Damit liegt die Zukunft in Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet: In einer zur gleichen Zeit durchgeführten bundesweiten Befragung waren 28 Prozent der Bevölkerung für die kommenden Monate zuversichtlich gestimmt.

**2. Preisanstieg**  
Als besonders belastend empfindet die Bevölkerung die Inflation bei den Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizten. Entsprechend versucht ein Großteil von ihnen, auch gerade hier sparsamer zu sein und sich einzuschränken – mit Spritsparen, weniger Restaurantbesuchen, Einschränkungen beim Kleiderkauf, Verzicht auf Reisen und dem kostenbewussten Einkaufen von Lebensmitteln. Viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit. Personen, die sich von den Preissteigerungen besonders stark belastet fühlen, schränken sich in allen Bereichen weit überdurchschnittlich ein. Insbesondere bei den Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung, aber auch für Urlaube, Genussmittel und Hobbys versucht sich dieser Personenkreis überdurchschnittlich einzuschränken.

**3. 9-Euro-Ticket**  
Um die finanziellen Belastungen der Bürger durch die gestiegenen Preise zu verringern, hat die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen verabschiedet. Unter anderem kann man seit Anfang Juni mit dem 9-Euro-Ticket den gesamten öffentlichen Nahverkehr beliebig oft nutzen. Bis zur Mitte des Monats hatten sich bereits 29 Prozent der Baden-Württemberger ein solches Ticket gekauft, weitere 17 Prozent planen dessen Erwerb. Besonders beliebt ist das Ticket bei der jungen Generation: Von den unter 30-Jährigen haben bereits zwei Drittel das 9-Euro-Ticket erworben oder planen den Kauf.

Die Mehrheit der Baden-Württemberger würde zwar grundsätzlich die Fortführung des 9-Euro-Tickets über die bislang geplanten drei Monate hinaus begrüßen, allerdings nicht vorbehaltlos. So spricht sich jeder Dritte dafür aus, das 9-Euro-Ticket in seiner jetzigen Form dauerhaft beizubehalten. Ebenso viele plädieren jedoch dafür angesichts der Kosten in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro, die dem Staat in den drei Monaten für die Subventionierung entstehen, das Ticket nur zu angebotenen Preisen beizubehalten. 22 Prozent sprechen sich dafür aus, das Ticket nach den drei Monaten ganz auslaufen zu lassen. Deutlich positiver fällt das Meinungsbild bei denen aus, die sich bereits ein 9-Euro-Ticket gekauft haben: Von ihnen würden 53 Prozent das 9-Euro-Ticket gerne in seiner jetzigen Form beibehalten, weitere 36 Prozent zu angebotenen Preisen. Lediglich 6 Prozent von ihnen sprechen sich dafür aus, das 9-Euro-Ticket nach Ablauf der drei Monate wie geplant auslaufen zu lassen. Bundesfinanzminister Christian Lindner hat allerdings bereits Erwartungen gedämpft, dass es für Tankrabatt und 9-Euro-Ticket im September Anschlussregeln geben könnte: „Wir können nicht auf Dauer gestiegene Preise für das importierte Öl, die Entwicklung des Dollar und die Knappheiten bei Raffinerien mit Staatsgeld ausgleichen.“

**4. Mehrausgaben des Staates**  
Bundesweite Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen, dass die Bevölkerung infolge der Aneinanderreihung von Krisen die finanzielle Lage des Staates aktuell deutlich kritischer einschätzt als noch vor Ausbruch der Coronapandemie. Dennoch sehen die Bürger bei den staatlichen Ausgaben nur geringe Einsparpotenziale. Im Gegenteil: Die große Mehrheit der Bevölkerung fordert von der baden-württembergischen Landesregierung in vielen Bereichen Mehrausgaben. Dies gilt insbesondere für Gesundheitseinrichtungen, Schulen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei, die Forschungsförderung, den Klimaschutz sowie für öffentliche Einrichtungen. So wünschen sich 94 Prozent der Bürger, dass Baden-Württemberg mehr Geld in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser oder Sozialstationen investiert, 91 Prozent wünschen sich mehr Ausgaben für die Ausstattung von Schulen, 80 Prozent für den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken.

Jeweils rund drei Viertel fordern zudem höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt. Höhere staatliche Zuwendungen für öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien wünschen sich sieben von zehn Baden-Württembergern.

Umgekehrt gibt es nur wenige Bereiche, in denen die Bevölkerung Einsparpotenziale sieht. Am ehesten noch bei großen Bauvorhaben, bei kulturellen Einrichtungen sowie der Sportförderung. So meinen 78 Prozent, dass Baden-Württemberg bei großen Bauprojekten eher sparen sollte. 65 Prozent finden, dass auch bei Kultureinrichtungen wie Theater und Museen eher Geld gespart als ausgegeben werden sollte, 53 Prozent unterstützen Sparmaßnahmen bei der staatlichen Förderung von Sportvereinen und Sportereignissen. Bereiche, in denen sich aus Sicht der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Sparmaßnahmen verbieten, sind Gesundheitseinrichtungen und Schulen.

**5. Viel Unmut über Bürokratie**  
Das Thema Bürokratieabbau ist zwar fester Bestandteil von Wahlkämpfen und Parteiprogrammen, in der politischen Praxis werden die geäußerten Forderungen jedoch nur selten konkretisiert. Die Bevölkerung würde den Abbau bürokratischer Hürden mit breiter Mehrheit unterstützen, zu groß ist der Unmut über staatliche Regelungen und Verordnungen.

Ein Bereich, in dem derzeit besonders intensiv über den Abbau staatlicher Vorgaben diskutiert wird, ist der Ausbau der Infrastruktur für die Energieversorgung. Um insbesondere die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, gibt es verschiedene Vorschläge. So wird unter anderem darüber diskutiert, Abstriche beim Natur- und Umweltschutz zu machen oder auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken, um den Ausbau von Windrädern und Stromtrassen zu beschleunigen.

Gegenüber beiden Vorschlägen gibt es erhebliche Vorbehalte: Nur 51 Prozent würden es begrüßen, wenn es zugunsten eines schnelleren Ausbaus von Windkraftanlagen oder Stromtrassen beim Klima- und Umweltschutz weniger strenge Auflagen gäbe. 39 Prozent halten dies hingegen für keinen guten Weg. Auch der Vorschlag, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken, um damit den Ausbau von Windrädern und Stromtrassen schneller voranzubringen, findet keine größere Unterstützung: 51 Prozent halten dies für einen guten Vorschlag. Gegen die Einschränkungen der Bürgerbeteiligungen votieren dagegen 43 Prozent.

BaWü-Check



Sorgen wegen Preissteigerung

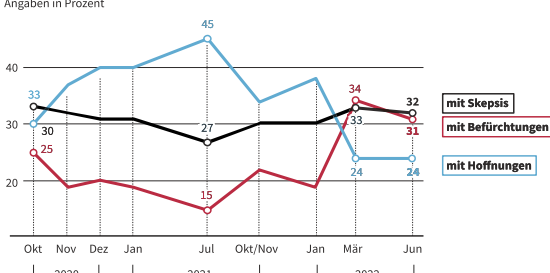
Die Bürger haben begonnen, sich persönlich einzuschränken. Bei den Staatsausgaben allerdings sehen sie kaum Einsparpotenzial.

Weiterhin sind die Spritpreise sehr hoch.

Foto: opa/Hauke-Christian Dittrich

Der BaWü-Check in ausgewählten Grafiken

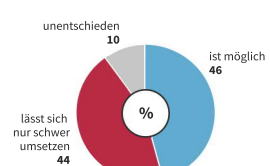
Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen? Angaben in Prozent



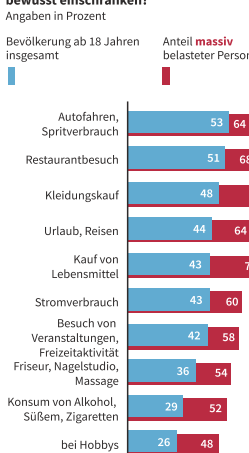
Haben wir in Deutschland zu viel Bürokratie? Angaben in Prozent



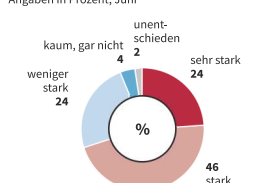
Ist es möglich, in Deutschland in größerem Umfang Bürokratie abzubauen? in Prozent



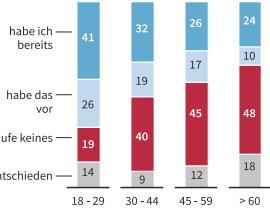
Gibt es Bereiche, in denen Sie sich aufgrund der gestiegenen Preise zurzeit bewusst einschränken? Angaben in Prozent



Wie sehr belasten Sie die Preissteigerungen der vergangenen Monate? Angaben in Prozent, Juni



Kaufen Sie sich ein 9-Euro-Ticket? Angaben in Prozent



Grafik: Zapletal

Quelle: ID-Allensbach für Baden-Württemberg

Was ist der BaWü-Check?

**Basis** Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

**Zeitraum** In der Zeit vom 8. bis zum 14. Juni 2022 wurden in Baden-Württemberg 1068 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasst 13 Fragen. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten anklicken. pö

Mehrausgaben des Staates

Bundesweite Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen, dass die Bevölkerung infolge der Aneinanderreihung von Krisen die finanzielle Lage des Staates aktuell deutlich kritischer einschätzt als noch vor Ausbruch der Coronapandemie. Dennoch sehen die Bürger bei den staatlichen Ausgaben nur geringe Einsparpotenziale.

Im Gegenteil: Die große Mehrheit der Bevölkerung fordert von der baden-württembergischen Landesregierung in vielen Bereichen Mehrausgaben. Dies gilt insbesondere für Gesundheitseinrichtungen, Schulen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei, die Forschungsförderung, den Klimaschutz sowie für öffentliche Einrichtungen. So wünschen sich 94 Prozent der Bürger, dass Baden-Württemberg mehr Geld in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser oder Sozialstationen investiert, 91 Prozent wünschen sich mehr Ausgaben für die Ausstattung von Schulen, 80 Prozent für den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken.

Jeweils rund drei Viertel fordern zudem höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt. Höhere staatliche Zuwendungen für öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien wünschen sich sieben von zehn Baden-Württembergern.

Umgekehrt gibt es nur wenige Bereiche, in denen die Bevölkerung Einsparpotenziale sieht. Am ehesten noch bei großen Bauvorhaben, bei kulturellen Einrichtungen sowie der Sportförderung. So meinen 78 Prozent, dass Baden-Württemberg bei großen Bauprojekten eher sparen sollte. 65 Prozent finden, dass auch bei Kultureinrichtungen wie Theater und Museen eher Geld gespart als ausgegeben werden sollte, 53 Prozent unterstützen Sparmaßnahmen bei der staatlichen Förderung von Sportvereinen und Sportereignissen. Bereiche, in denen sich aus Sicht der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Sparmaßnahmen verbieten, sind Gesundheitseinrichtungen und Schulen.



Foto: opa/Bernd Weiböck  
„Wir können nicht alle Krisen mit Schulden finanzieren.“  
Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg

Viel Unmut über Bürokratie

Das Thema Bürokratieabbau ist zwar fester Bestandteil von Wahlkämpfen und Parteiprogrammen, in der politischen Praxis werden die geäußerten Forderungen jedoch nur selten konkretisiert. Die Bevölkerung würde den Abbau bürokratischer Hürden mit breiter Mehrheit unterstützen, zu groß ist der Unmut über staatliche Regelungen und Verordnungen.

Ein Bereich, in dem derzeit besonders intensiv über den Abbau staatlicher Vorgaben diskutiert wird, ist der Ausbau der Infrastruktur für die Energieversorgung. Um insbesondere die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, gibt es verschiedene Vorschläge.

So wird unter anderem darüber diskutiert, Abstriche beim Natur- und Umweltschutz zu machen oder auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken, um den Ausbau von Windrädern und Stromtrassen zu beschleunigen.

Gegenüber beiden Vorschlägen gibt es erhebliche Vorbehalte: Nur 51 Prozent würden es begrüßen, wenn es zugunsten eines schnelleren Ausbaus von Windkraftanlagen oder Stromtrassen beim Klima- und Umweltschutz weniger strenge Auflagen gäbe. 39 Prozent halten dies hingegen für keinen guten Weg. Auch der Vorschlag, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken, um damit den Ausbau von Windrädern und Stromtrassen schneller voranzubringen, findet keine größere Unterstützung: 51 Prozent halten dies für einen guten Vorschlag. Gegen die Einschränkungen der Bürgerbeteiligungen votieren dagegen 43 Prozent.